

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 10. März 2022 / Jeudi après-midi, 10 mars 2022

2. Priorität – Finanzdirektion / 2^e priorité – Direction des finances

58 2021.RRGR.51 Motion 026-2021 SP-JUSO-PSA (Stucki, Bern)
Vaterschaftsurlaub verlängern – nicht auf dem Buckel der Familien sparen

58 2021.RRGR.51 Motion 026-2021 PS-JS-PSA (Stucki, Berne)
Prolonger le congé paternité – non aux économies sur le dos des familles

Le président. Nous passons à l'affaire du point 58, il s'agit d'une motion portée par le groupe PS-JS-PSA, le débat est libre et le gouvernement propose son rejet. Je laisse la parole à M. le député Müller, porte-parole du groupe.

Reto Müller, Langenthal (SP), Motionär. Geschätzte Frau Finanzdirektorin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Väter und Mütter. Es wäre durchaus möglich, nun an dieser Stelle die Studien ins Feld zu führen, die besagen, dass man diese Initiative – eben eine Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs von 10 Tagen – ergänzend durchsetzen sollte, also zusätzlich zu den Tagen, die man schon hatte. Damit man eben mit der Entschädigung von 80 Prozent aus der Erwerbsersatzordnung (EO) nicht auf dem Buckel der Familien spart, wie es jetzt im Kanton Bern gerade geschieht. Es wäre auch opportun, aus Studien zu zitieren, welche die Bedeutung einer umfassenden und gerechten Elternzeit insbesondere für die Entwicklung der Kinder hervorheben. Aber es beginnt schon mit dem Namen, auch bei unserer Motion: «Vaterschaftsurlaub».

Urlaub? Ferien? Absolut falsch. Vor fünf Monaten wurden auch Priska und ich stolze Eltern unseres dritten Kindes Lina. Für was habe ich meine Ferien gebraucht in dieser Zeit? Für die Zeit der Geburt; nicht jedes Kind kommt binnen weniger Stunden ausserhalb der Bürozeiten zur Welt. (*Heiterkeit / Hilarité*) Ich brauchte sie für die Organisation der Schulbesuche der älteren Brüder. Ich brauchte sie, um Mittagessen zu kochen, für eine umfassende Care-Arbeit, für die Organisation all der Sportstunden, welche die Kinder dann noch haben, etc. Das war mein Vaterschaftsurlaub: Care-Arbeit. Ja, Bonding mit dem neuen Kind haben wir selbstverständlich auch gemacht. Aber im Wissen, dass alles, was ich damals gemacht habe, eben mehrheitlich bei den Frauen liegt, ist es sicher auch für einen Mann heilsam, wenn er etwas Vaterschaftsurlaub hat. Und eben: Alle wollen Kinder, sie garantieren uns die Zukunft. Aber was machen wir dafür? 10 Tage? Das ist ein bisschen ein Witz, nicht?

Der Kanton Bern war fortschrittlich, als er im Jahr 2015 einen Vaterschaftsurlaub von 10 Tagen machte. Das war ein Fortschritt. Aber jetzt will die Regierung leider nichts tun, weil andere Kantone auch nichts tun. Das ist einfach nicht vorausschauend, werte Frau Regierungsrätin. Während die Bundesverwaltung seit dem 1.1.2022 eine väterliche Elternzeit von 20 Tagen hat, haben auch andere auf dem Platz Bern nachgezogen: Die Post, die SBB, die SRG, die Stadtverwaltung Bern haben 20 Tage. Das Inselspital, die Swisscom, die Visana haben 15 Tage. Und es geht hier auch um den Fachmännemangel – ja, *Fachmann*, in diesem Sinne, liebe Männer im Saal.

Mit wem stehen wir in Sachen Fachkräfte wohl in Bern in Konkurrenz? Mit anderen Kantonen? Wahrscheinlich weniger als mit denjenigen, die ich genannt habe. Hier könnte der Kanton eine Vorreiterrolle einnehmen und wiederum eben 20 Tage gewähren und auch wiederum fortschrittlich sein; ein fortschrittliches Image als Arbeitgeber, der auch den Mann, wenn er Vater wird, als Fachkraft schätzt. Für fast keinen zusätzlichen Aufwand: Die Rechnung in der Begründung der Regierung betreffend die Mehrkosten ist Taschenspielerinnenwerk und trotzdem zweimal nichts.

Deshalb, liebe Väter im Grossen Rat: Es reicht für die Überweisung der Motion, wenn hier alle Ja sagen, die Vater sind. Solidarisch mit all jenen, die noch Vater werden. Ich werde es vermutlich nicht mehr – oder nicht noch mehr; man kann ja nicht noch mehr Vater werden, als man es schon ist. Oder

liebe Mütter: Es reicht auch, wenn Sie zusätzlich zu SP, Grünen und glp – merci vielmals schon für die Unterstützung – solidarisch ebenfalls Ja stimmen. Ich nehme an, Sie hätten sich auch länger Unterstützung von einem Kindsvater gewünscht, als Sie im Wochenbett waren. Wie auch die Regierung erwähnt, ist es wohl nur eine Frage der Zeit bis hin zu einer echten Elternzeit. Davon sind wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion auch überzeugt. Und mit einem Ja können wir heute zumindest den ersten Schritt tun. Merci vielmals für die Unterstützung und die Aufmerksamkeit.

Roman Gimmel, Thun (SVP), Fraktionssprecher. Wir haben geschmunzelt, merci für diese Darbietung, Reto. Wenn das Ganze nun rückwirkend auf 20 Jahre in Kraft treten soll, dann kann man mit uns reden. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Nein, Spass beiseite. Vaterschaftsurlaub: beileibe kein neues Thema, kein neues Anliegen, kein neuer Titel. Wir können uns an die Erhöhung von 2 auf 10 Tage im Jahr 2015 erinnern, es wurde bereits erwähnt. Und Sie kommen auf gleich viel wie ich: Das war Faktor 5, vor sieben Jahren. Heute vorliegend: ein Geschäft von 10 auf 20 Tage. Wir rechnen nochmals und kommen auf den Faktor 2. Und wir fragen uns hier im Saal natürlich alle, Reto inkludiert: Was ist im Jahr 2027? Das würde mich interessieren, das würde unsere Fraktion interessieren. Es steht ja offenbar ein Siebenjahresrhythmus hinter diesem Geschehen. Wo landen wir, wo hört die Fahnenstange auf? Das ist die interessante Frage, und nicht unbedingt nur das, was wir heute miteinander behandeln wollen. Nun die konkrete Frage noch auf Hochdeutsch: Wo ist das Ende der Fahnenstange? Sind es am Schluss 20 Tage? Sind wir jetzt fertig mit dem Debattieren über die Anzahl Tage für Väter? Sind es 25 Tage? Ist geplant, am Schluss 50 Tage zu haben? Es kommt mir einfach vor, als sei es ein Teleskopstab und nicht eine Fahnenstange: Es hat einfach nie ein Ende.

Ich kann auch ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern, Reto, wir haben auch drei Kinder. Wenn ich mich richtig erinnere, hatten wir keine drei Tage Vaterschaftsurlaub. Gut, sie sind jetzt nahe an der Volljährigkeit, und vielleicht haben wir es halt mit den Bürozeiten, Wochenenden und Ferien einfach wirklich besser getroffen als ihr. (*Heiterkeit / Hilarité*) Das kann ja sein.

Das war die erste Frage. Die zweite Frage, welche die SVP-Fraktion umtreibt, erstaunt Sie gleich genauso wenig: Wer soll das bezahlen? Beatrice Simon wird es wohl nicht mehr sein, mutmasse ich. Aber wer denn sonst soll das bezahlen? Und nun werden Sie in der Replik natürlich mit dem Argument der Arbeitgeberattraktivität kommen. Und deshalb haben wir uns in der Fraktion auch damit selbstverständlich auseinandergesetzt und hatten das Gefühl, beim Kanton zu arbeiten sei durchaus bereits attraktiv und man müsste es wohl nicht noch mit diesem Argument überbieten. Deshalb komme ich zum Schluss, ich kann es zusammenfassen, Sie haben es auch so erwartet: Die SVP-Fraktion folgt selbstverständlich dem Antrag des Regierungsrates und hat beschlossen, einstimmig abzulehnen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Fraktionssprecherin. Monsieur le Président, geschätzte Finanzdirektorin, aber eben auch oberste Personaldirektorin dieses Kantons Bern. Ich erlaube mir nun trotzdem die Bemerkung an den Kollegen Gimmel: Ich staune schon, mit welcher Nicht-Ernsthaftigkeit man hier ein doch ernsthaftes Thema einfach so runterrattert. Und du warst ja bis vor Kurzem Gemeinderat in Thun. In der Stadt Thun haben sie 20 Tage. Wenn man jetzt über Arbeitskräfte spricht: Ich weiss, wenn du noch im Gemeinderat wärst, wärst du wahrscheinlich dagegen, dass der Kanton bessere Arbeitsbedingungen schafft, weil du Angst gehabt hättest – jetzt bist du ja nicht mehr verantwortlich –, dass dir die Arbeitskräfte abspringen und zum Kanton gehen. Soviel hierzu, Klammer geschlossen.

Aber nun ernsthaft. Es ist nämlich ein ernsthaftes Thema, wie ja auch der Kollege Reto Müller gesagt hat. Es geht hier ganz grundsätzlich um die Frage, wie der Kanton Bern als Arbeitgeberin in diesem Fall mit dem Vaterschaftsurlaub umgeht. Es wurde erwähnt: Ja, wir haben früher einen Schritt zu diesen 2 Wochen gemacht, das war auch gut und richtig. Aber wir wissen alle: Das ist inzwischen der Standard in diesem Land. Und damit sind wir einfach wie alle. Und das heisst: Wenn der Kanton Bern eine attraktive Arbeitgeberin sein will, muss sie eben hier mit der Zeit gehen und diesen kleinen Schritt machen.

Es wurde gefragt, was denn das Ziel sei. Ja, klar, für die Grünen – und dazu stehe ich auch – braucht es weitergehende Schritte. Diese 20 Tage genügen nicht. Wir sprechen über einen Elternurlaub, der

auch in der politischen Diskussion ist, den die Grünen auch unterstützen, der auch nicht neu, sondern schon seit Langem ein Thema ist. Darüber sprechen wir. Aber im Moment ist es so: Wir sprechen über eine Motion, bei welcher der Motionstext verbindlich ist. Und der Motionstext ist einfach und klar und verständlich: Er will 20 Tage, respektive 10 Tage zusätzlich zur gesetzlichen Bedingung.

Ich habe vorhin die Stadt Thun erwähnt. Ich bin ja einverstanden mit dem Motionär: Der Vergleich sind nicht die anderen Kantone. Es sind aber z. B. andere Gemeinden. Es ist nicht nur die Stadt Thun, die 20 Tage hat, es sind auch die Gemeinde Köniz, Biel, Bern, also Städte. Und im Umfeld des Kantons Bern, gerade im Arbeitskräftebereich, ist dies natürlich durchaus auch eine Frage, die sich die Leute überlegen: Wohin gehe ich? Für uns als Grüne ist klar: In einer modernen Personalabteilung hat die Frage der Vereinbarkeit eine grosse Bedeutung, und das muss auch beim Kanton so sein. Darum unterstützen wir das. Und vielleicht noch für diejenigen, die eher aus dem bäuerlichen Milieu kommen: Selbst die Fenaco, die ja nun vielleicht nicht unbedingt der progressivste Vertreter ist, selbst sie hat gemerkt, dass der Vaterschaftsurlaub ein wichtiges Thema ist. Dort arbeiten nämlich auch sehr viele Väter. Und auch die Fenaco geht über das gesetzliche Minimum hinaus. Der Kollege Reto Müller hat ja auch verschiedene andere Arbeitgeber genannt. In diesem Sinne sind es also nicht nur die grossen Staatsbetriebe, sondern auch andere Betriebe, die wissen: Im Ringen um gute Arbeitskräfte muss man eben auch gute Bedingungen bieten.

Ich möchte gerne noch auf einen Punkt der Antwort eingehen, der mich doch sehr, sehr irritiert hat. Und da wende ich mich an die oberste Personaldirektorin, Frau Simon. In der Antwort steht, man könne dann den Polizeidienst nicht mehr aufrechterhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist aus dem Tierbuch. Es ist wirklich völlig absurd, diese Argumentation anzuführen, und ich bitte Frau Simon wirklich, hier einfach nochmals über die Bücher zu gehen. Ich weiss, Sie sind nicht mehr lange Personaldirektorin dieses Kantons. Aber eine solche Aussage ist eine Schande. Als ob die Polizei gefährdet wäre aufgrund dessen, ob man nun 10 Tage oder 20 Tage Vaterschaftsurlaub hat. Das ist einfach wirklich nicht würdig, dieses Papier können Sie gleich zerreißen. Die Kantone Neuenburg und Waadt haben ebenfalls 20 Tage. Ist Ihnen bekannt, dass die Polizei, die Kantonspolizisten – es geht ja jetzt um die Männer – im Kanton Neuenburg oder Waadt irgendwie ..., dass die öffentliche Sicherheit gefährdet ist? Also das ist wirklich aus dem Tierbuch. Und daher bitte ich doch Frau Simon, in Zukunft zu verhindern, so dumme Antworten zu schreiben. Sorry, ich bin sonst nicht so polemisch, aber das ist wirklich dümmer als dümmer geht's nimmer. (*Unruhe im Saal / Agitation dans la salle*)

Die grüne Fraktion ist der Meinung, dass – ja, ich weiss, jetzt ist ein wenig Unruhe. Das können Sie auch machen. Man kann aber auch über die Sache sprechen. Vorhin wurde auch über Fahnenstange und Teleskop und was weiss ich noch alles diskutiert statt über die Frage: Was sind moderne Arbeitsbedingungen? Welche Herausforderungen stellen sich dem Kanton? Wir wollen gute Männer, die bei diesem Kanton arbeiten, und es braucht auch Mütter, die entlastet werden können. Es ist eben eine Win-win-Situation für Mütter und Väter. Jetzt geht es hier um die Väter. Und wir sind solidarisch damit, dass auch die Väter ihren Teil der Care-Arbeit übernehmen können und den Moment einer Geburt wirklich so mitgestalten können, wie dies nötig ist. Die grüne Fraktion unterstützt diesen Vorstoss von Herzen als Motion und hofft, dass einige hier noch überlegen, ob das nicht der richtige Weg ist, damit wir den Kanton Bern auch als Arbeitgeberin stärken können.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP), Fraktionssprecher. Vaterschaftsurlaub. Ich ordne diesen Vorstoss aus Sicht der EVP ein und verwende dazu ein Bild: Die meisten von Ihnen waren vielleicht in der Jugend einmal in einem Orchester, sei es Blasmusik, Streichmusik, was auch immer. Bei mir war es die Blasmusik. Und dann übte man, damit das Zusammenspiel spielt, damit es ineinanderläuft, übte das Stück, die Melodie. Und zwischendurch kam es vor, dass es irgendwo patzte, dass ein Instrument oder ein ganzes Register zu früh oder mit dem falschen Ton einsetzte. Das ist ein wenig das Bild, das ich hier habe. Der Ton und die Zeit sind für mich, für uns bei diesem Vorstoss fraglich.

Warum: Es wird suggeriert – und da geht es um den Ton –, dass Abstimmungssachen nicht eingehalten werden. Wir haben über eine Vorlage abgestimmt. Es wird suggeriert, dass der Kanton dies nicht vollzieht. Wenn man den Text liest, ist er für mich in der Begründung etwas grenzwertig. Dies zum Ton. Zum Zeitpunkt: Damit das Zusammenspiel und das Taktgefühl im richtigen Moment wirklich ineinanderlaufen, gibt es für mich zwei Ebenen. Es gibt die verwaltungsinterne Ebene. Wir haben im

Kanton eine Personalpolitik, bei der verschiedene Mittel aufeinander abgestimmt sind, die ineinandergreifen. Und man möchte nun in dieses Räderwerk eingreifen und einen einzelnen Bestandteil einfach erhöhen. Und das muss zusammenspielen, und dieses Räderwerk hat sich gut bewährt. Der Kanton steht in dieser Frage aus unserer Sicht im Kanton nicht schlechter da.

Und die zweite Ebene des Zusammenspiels, das Taktgefühl, bezieht sich auf die gesamte Bevölkerung. Wir sind jetzt hoffentlich allmählich in der Phase nach der Pandemie, in der wir uns organisieren müssen, schauen müssen, wo wir welche Mittel wie einsetzen. Die Verwaltung gehört nicht unbedingt zu jenen, die von der Wirtschaft her am meisten gelitten haben. Sie hatte sichere Arbeitsplätze, dort haben wir eine sichere Situation. Warum sollen wir diesen Schritt nun gerade dort als Erstes machen? Das ist ein Zusammenspiel, bei dem sich die Frage stellt, welche Mittel wir im Kanton jetzt wofür einsetzen. Und dieses Zusammenspiel braucht es. Und deshalb – ich komme zum Schluss: Das Jugendorchester übt, bis es aufführungsreif ist. Wir müssen dieses Zusammenspiel noch üben. Wir müssen aktuell unsere Prioritäten vielleicht an einem anderen Ort setzen, sodass wir Arbeitgeber in der Wirtschaft und der Verwaltung weiterhin miteinander auf einem guten Weg sind. Und darum lehnt die EVP diesen Vorstoss ab.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp), Fraktionssprecher. Ich folge dem Aufruf von Reto Müller, dass sich hier die Väter äussern sollen. Ich kann sagen, wie es bei uns war: 2018 kam unser erster Sohn auf die Welt. Damals hatte ich, glaube ich, noch einen oder zwei Tage Vaterschaftsurlaub und nahm mir einen Monat Ferien. Der zweite kam letzten Sommer. Das nahm ich gleich zum Anlass, den Job zu kündigen und drei Monate Auszeit zu machen. Was ich damit sagen will: Ich konnte mir dies selber organisieren. Aber das können nicht alle, denn am Schluss ist es auch eine finanzielle Frage, ob man dies kann. Und wie Reto Müller schon ausgeführt hat, hat es in den ersten paar Wochen wenig mit Ferien zu tun, sondern man hat andere Aufgaben.

Ich finde, wir sind in der Gesellschaft hoffentlich so weit, dass wir sagen können: Vier Wochen Vaterschaftsurlaub nach der Geburt eines Kindes sollten etwas Selbstverständliches sein. Insofern unterstützen wir dies. Natürlich fände ich es ebenfalls wichtiger, das jetzt nicht nur für die kantonalen Angestellten zu machen, sondern generell einzuführen. Aber dies liegt nun einmal nicht in der Kompetenz des Kantonsparlaments.

Ich möchte aber den Bogen schon noch ein bisschen weiter schlagen und sagen: Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich zu stärken, ist dies nicht die zentralste Massnahme. Wir haben den Elternurlaub angesprochen. Dort geht es eben auch darum – und das ist die Frage der Fahnstange, die der Kollege Gimmel angesprochen hat –, die Möglichkeit zu schaffen, dass beide Eltern in möglichst auch grösseren Pensen erwerbstätig bleiben können. Sie bezahlen dann auch Steuern. Und es ist tatsächlich so: Wenn beide Eltern im Erwerbsprozess bleiben – und zwar, während die Kinder sehr klein sind, aber auch darüber hinaus, denn das ist ja die Basis, oft ist ja auch der Bruch in der Erwerbsbiografie ein Problem, wenn man dann wieder einsteigen will –, übertrifft das, was diese Leute, diese Eltern am Schluss an Steuern bezahlen, die durch den Vaterschaftsurlaub verursachten Kosten bei Weitem; gerade in einem Hochsteuernkanton wie dem Kanton Bern mit einer starken Progression.

Insofern ist das für mich ein kleiner Puzzlestein und man muss generell bei der Vereinbarkeit ansetzen. Und hier möchte ich, bei allem Lob an die SP für diesen Vorstoss, schon nochmals Bezug nehmen auf einen der aus meiner Sicht grössten «Tolggen», die in dieser Legislatur passiert sind: Wir hatten bei den Steuern eine Erhöhung des Drittbetreuungsabzugs auf 16'000 Franken auf dem Tisch, welcher genau jenen Familien etwas gebracht hätte, bei denen beide Eltern im Erwerbsleben sind; wir arbeiten z. B. beide 80 Prozent. Das hat man in einer Allianz von EDU, SVP und SP abgelehnt. Ich muss sagen: Bei der EDU und der SVP ist es verständlich, sie haben eine andere gesellschaftspolitische Haltung; fair enough. Aber dass die SP das in dieser unheiligen Allianz versenkt hat, hat für die Vereinbarkeit und die Gleichstellung noch die viel grössere Auswirkung als dieser Vorstoss. Denn ich kann es am eigenen Beispiel sagen, wir haben es ausgerechnet: Wenn jemand von uns, von meiner Partnerin oder mir, um 20 Prozent reduzieren würde und man den Kita-Tag – für den wir eben keine Gutscheine bekommen, weil man am Schluss zu viel verdient, was man vertreten kann –

aber zudem nicht einmal bei den Steuern deklarieren kann, hätte man am Schluss nicht weniger Geld im Portemonnaie, als wenn man zweimal 80 Prozent erwerbstätig bleibt.

Dort wäre es wichtig, dass wir diesen Fehler hoffentlich in der nächsten Legislatur korrigieren können. Denn das sind Dinge, die sich dann tatsächlich auszahlen. Und dort hätten wir eine Allianz gehabt, einen bürgerlichen Regierungsrat, einen Freisinn, eine BDP. Und am Schluss war dies für mich der noch viel wichtigere Schritt. Insofern stimmen wir diesem Schritt heute zu, hoffen aber sehr, dass wir weitere noch viel wichtigere Schritte für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der nächsten Legislatur machen können.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Die Motion verlangt, dass der Vaterschaftsurlaub von 10 auf 20 Tage verlängert wird. Für die Mitte-Fraktion wird nicht der Vaterschaftsurlaub per se in Frage gestellt. Die Antwort des Regierungsrates stützen wir jedoch. Eine Verdoppelung unterstützen wir gerade auch mit Blick auf die Finanzen und in die weitere Schweiz hinaus nicht. Wir stehen im Vergleich dazu im Durchschnitt nicht schlecht da. Und mit Blick auf die Finanzierbarkeit sehen wir so viele Herausforderungen, dass wir dieser Forderung nicht zustimmen können. Die Mitte-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Tanja Bauer, Wabern (SP), Mitmotionärin, Fraktionssprecherin. Die Einführung des gesetzlichen Vaterschaftsurlaubs ist ein Meilenstein. Am 27. September 2020 wurde der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub zum Nutzen der ganzen Familie von der Schweizer Stimmbevölkerung klar angenommen. Der hohe Ja-Stimmenanteil zeigt deutlich, dass Väter heute mehr Zeit für ihre Familien aufwenden wollen und dass die Gesellschaft dies auch unterstützt. Väter wollen aktiv am Leben ihrer Familie teilnehmen. Sie wollen von Geburt an Verantwortung übernehmen und für Mutter und Kind da sein, denn – und das dürfen wir nicht vergessen – der Vaterschaftsurlaub ist insbesondere auch dazu da, die Mutter im Wochenbett zu entlasten. Das hat Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit von Mutter und Kind und unterstützt die junge Familie beim Start in das gemeinsame Leben.

Viele Arbeitgeber hatten bereits vor der Abstimmung einen freiwilligen Vaterschaftsurlaub eingeführt, um für junge Arbeitnehmer attraktiver zu sein. So auch der Kanton Bern: 2015 hat er einen Vaterschaftsurlaub von 10 Tagen beschlossen. Damit befand er sich damals im Mittelfeld und konnte im Kampf um Fachkräfte auf dem Platz Bern mithalten. Aber diesmal sieht der Kanton die Zeichen der Zeit nicht. Viele Arbeitgeber haben nämlich im Anschluss an die Abstimmung den bestehenden Vaterschaftsurlaub, den sie freiwillig eingeführt hatten, ergänzt, also erhöht. Die Regierung nennt gleich selber ein paar dieser Arbeitgeber: Die Post, die SBB, die SRG, die Stadtverwaltung Bern haben je 20 Tage, das Inselspital und auch die weiteren Spitäler, die Swisscom und die Visana je 15 Tage. Wir wissen, dass aktuell auch viele andere Kantone dabei sind, sich Überlegungen zu machen und den bestehenden Vaterschaftsurlaub eben zu ergänzen.

Nun komme ich zur Frage, wer das bezahlen soll. Und ich kann Ihnen sagen, wer das bezahlt: Das bezahlen die Väter, die Mütter und die Kinder. Denn wenn der Kanton Bern nämlich seinen Vaterschaftsurlaub nicht ergänzt, so ist dies eine Sparmassnahme. Sie müssen sich vorsehen: Neu fliesen für diese 10 Tage Vaterschaftsurlaub zusätzlich EO-Gelder zum Kanton. Wenn wir also die Anzahl Tage nicht erhöhen, bedeutet dies nichts anderes, als dass der Kanton hier weniger Geld ausgibt als bisher. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Kanton also ausgerechnet dort Abbaumassnahmen macht – übrigens in einem kleinen, einstelligen Millionenbetrag, es geht also nicht um sehr viel Geld –, wo die Stimmbevölkerung klar gesagt hat, sie sei dafür, nämlich im Bereich Vaterschaftsurlaub.

Die zweite Frage, die gestellt wurde, ist: Wo hört das auf? Es ist kein Geheimnis: Wir wollen wirklich auch mehr, wir haben eine Initiative für eine Elternzeit eingereicht. Hier geht es aber gar nicht darum; diese Debatte steht uns bevor und wird wiederum demokratisch geführt werden. Hier geht es um etwas, worüber die Stimmbevölkerung abgestimmt und zusätzliche 10 Tage beschlossen hat. Der Kanton Bern kann dies nun kostenneutral umsetzen, also als Sparmassnahme, oder er kann es so umsetzen, dass er eben jetzt modern ist.

Auf die glp gehe ich nicht ein, denn wenn wir nun hier alles aufzählen würden, was die glp in dieser Session bereits abgestimmt hat, bei dem wir nicht ganz oder überhaupt nicht einverstanden waren, wäre die Liste ziemlich lang. Zur Kita und zur ganzen Kinderbetreuung kann ich sagen, dass wir auch hier Vorstösse eingereicht haben. Uns geht es darum, dass die Kitas und die Kinderbetreuung allgemein eigentlich gebührenfrei sein sollten. Auch darüber können wir hier bestimmt noch debattieren. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird selbstverständlich diesem Vorstoss für eine moderne Familienpolitik zustimmen. Mit der Ergänzung des bisherigen Vaterschaftsurlaubs um den landesweit beschlossenen Vaterschaftsurlaub von 10 Tagen wären wir dann wirklich zuvorderst mit dabei und könnten auf dem Platz Bern beim Kampf um Fachkräfte mitmachen. Und wir würden auch unsere Aufgabe und unsere Verantwortung als Arbeitgeber wahrnehmen, so wie es uns andere grosse Unternehmungen eben bereits vorgemacht haben. Ich bitte Sie, diesem Vorstoss zuzustimmen.

Carlos Reinhard, Thun (FDP), Fraktionssprecher. Ja, ich bin auch Familienvater. Aber ich glaube, meine Kinder sind jetzt schon am Überlegen, ob sie meinen Weg ebenfalls einschlagen und eine Familie gründen wollen. Deshalb haben wir all diese Annehmlichkeiten mancher Werkzeuge oder Zuschüsse für Familien und Beruf noch nicht so gekannt.

Ich habe hier gelernt und beim Zuhören einmal so im Hintergrund gehört, man müsse hier im Saal Zeichen setzen. Ich habe mich eigentlich immer gewehrt, aber ich versuche es jetzt einmal mit dem Zeichensetzen, ich bin jetzt ein Anfänger. Was setzen wir für Zeichen gegenüber anderen Kantonen, die dem Kanton Bern im Finanzausgleich immer noch sehr viel Geld rüberschicken, wenn wir jetzt einfach einen weiteren Ausbau von Dingen machen, die «nice to have» sind? Die Anliegen sind sicher wünschenswert, aber irgendwo muss man auch gewisse kleine Schritte machen, wie auch einige Vorredner gesagt haben.

Was für Zeichen setzen wir für unsere Unternehmungen? Tanja Bauer hat eine Liste von Betrieben aufgegriffen, die auch der Regierungsrat in seiner Antwort aufgelistet hat. Ja, diesen Betrieben geht es gut. Aber das sind auch nicht alle Betriebe, die – ich sage es nun einmal: auf dem freien Markt allein tätig sind, wie ein KMU, eine Schreinerei, Handwerksbetriebe, andere Betriebe, die in der Schweiz immerhin am meisten Arbeitsplätze anbieten. Diesen hat man nämlich noch vor Kurzem gesagt: Hört, wir können die im Kanton Bern höchsten Steuern der ganzen Schweiz für die Firmen nicht senken. Denn die Zitrone sei ausgepresst. Und jetzt will man mit diesem Vorstoss, diesem Anliegen, wieder etwas Neues ausgeben, bei dem man dann wieder nichts machen kann.

Vielleicht haben es einige vergessen; ich wäre froh, wenn ich mit Tanja Bauer dann einmal noch einen Kaffee trinken gehen könnte, damit ich ihren Wirtschaftskreislauf verstehe, denn ich habe in der Schule einst gelernt, dass jeder Franken, den der Staat ausgibt – nein, man muss sagen: jeder Rappen; es ist wirklich alles, was der Staat ausgibt –, einmal irgendwo in einer Unternehmung zwischen dem Arbeitgeber und mit einem Arbeitnehmer verdient wurde. Und damit hat man Löhne bezahlt, damit bezahlt man Dienstleistungen, damit bezahlt man auch Steuern. Und da fängt es an.

Es liegt nicht einfach Geld herum, das man geben kann. Ja, man hat vielleicht – nun auch in der Pandemie – manchmal den Eindruck: Da hat es einfach Geld, das man schicken kann. Irgendwann muss das jemand bezahlen. Vergessen Sie nicht: Die Konkurse nehmen zu, Sie haben es vielleicht gesehen. Es stimmt, Tanja Bauer: Manchen Firmen geht es wirklich sehr gut. Aber es gibt immer mehr Firmen, die jetzt in Schwierigkeiten kommen. Der Fachkräftemangel ist das eine. Material zu erhalten ist das zweite. Und drittens ist die Wirtschaft jetzt einfach allmählich am Stagnieren. Das müssen wir einfach wissen.

Nun noch das dritte Zeichensetzen. Es betrifft die Attraktivität des Kantons, wie ich mir aufgeschrieben habe. Der Kanton Bern ist ein attraktiver Arbeitgeber. Das zeigt sich daran, wie schnell die Stellen belegt werden, wenn es eine Stellenausschreibung gibt. Und etwas anderes ist heute sehr, sehr wichtig, eine Vorrednerin oder ein Vorredner – ich weiss nicht mehr, wer es war – hat es gesagt: die Arbeitsplatzsicherheit. Der Kanton Bern ist ein verlässlicher Arbeitgeber. Schauen Sie sich jetzt die Rangliste des neusten Sorgenbarometers an, das letzte Woche in der Zeitung war: Die Arbeitsplatzverlustängste stehen bei den Leuten momentan höher als die Klimakrise. Das möchte ich einfach ebenfalls sagen: Der Kanton Bern, auch die Stadt Thun oder wer auch immer, sind momentan sehr

attraktive Arbeitgeber, weil sie sichere Arbeitsplätze anbieten. Aus diesem Grund lehnt die FDP dieses Anliegen ab.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP), Einzelsprecherin. Ich staune also schon nicht schlecht, welche Themen wir hier immer wieder diskutieren. Ich bin sehr dankbar für die Ausführungen, welche Roman Gimmel, Hans Kipfer und jetzt auch Carlos Reinhard gemacht haben. Ich verzichte darauf, diese Punkte nochmals zu wiederholen. Ich gebe noch rasch meine Interessenbindung bekannt: Ich bin eine «Old Fashion»-Mutter und durch und durch eine Familienfrau, immer gewesen, mein ganzes Leben lang. Drei Kinder und zwei Enkel.

Wir haben heute 10 Tage Vaterschaftsurlaub. Das wurde beschlossen und das respektieren wir selbstverständlich auch. Aber dass man jetzt auf 20 Tage aufstocken sollte, dafür habe ich dann definitiv kein Verständnis. Sei dies jetzt aus wirtschaftlicher Sicht ... Aber wenn Sie dann noch die Antwort der Regierung lesen – ich lese es vor, damit ich nichts Falsches sage: «Eine Ausdehnung des Anspruchs von 10 auf 20 Arbeitstage wäre mit Kosten in Form von zusätzlich notwendigem Personal verbunden.» Ich staune schon. Dann müssten wir ja also Personal aufstocken, oder die Väter oder Mütter, die nicht Urlaub haben, müssen dann quasi das Pensum dieser fehlenden Personen, der fehlenden Väter am Arbeitsplatz, abdecken.

Ich verstehe nicht, dass man jetzt eine Art Präjudiz schaffen will, dass man am Schluss die Wirtschaft dazu zwingt, ebenfalls nachzuziehen und dass, wie Carlos es gesagt hat, diejenigen Betriebe, denen es nicht gut geht, plötzlich unter Zugzwang kommen und sagen: Jetzt müssten wir eigentlich ebenfalls nachziehen, denn sonst sind wir auf dem Markt nicht mehr konkurrenzfähig – wenn man zwischen Wirtschaft und Kantonsangestellten überhaupt von einem Marktplatz sprechen kann. Ich möchte Ihnen wirklich ans Herz legen, dass wir diese Motion ablehnen. Und zwar nicht, weil ich persönlich etwas gegen den Vaterschaftsurlaub habe. Aber irgendwann müssen wir doch noch mit einem guten, vernünftigen Verstand handeln, sei es aus Sicht der Finanzen des Kantons, aber eben auch der Auswirkungen, die es dann auf die Wirtschaft hat. Ich danke, wenn Sie die Motion ablehnen.

Daniel Wyrsch, Jegenstorf (SP), Einzelsprecher. Als Geschäftsführer im Bernischen Staatspersonalverband (BSPV) möchte ich schon noch zwei, drei Dinge dazu sagen. Ich erzähle nun nicht alles wieder von Anfang an.

Es ist die Frage aufgetaucht: Wann ist das Ende der Fahnenstange, wenn es immer mehr wird? Die Antwort ist relativ einfach: Das ist einfach ein Wettbewerb, der spielt. Und es ist nicht der Wettbewerb mit der Privatindustrie und so, wie gesagt wird. Da können Sie sonst zu Synthes schauen gehen, mit 50 Tagen oder so. Es gibt andere, die dies nicht haben; es kommt ganz darauf an, was für ein Privatbetrieb es ist. Aber der Kanton als Arbeitgeber hat einfach Konkurrenz von der öffentlichen Verwaltung, und das ist der Bund und das sind die Städte. Und da müssen Sie nicht mit dem Schreiner vom Dorf vergleichen. Dass dieser nicht auf 20 Tage erhöhen will, ist mir auch klar. Aber wenn der Kanton Bern eine gewisse Attraktivität haben will, muss er einfach von diesen 10 auf die 20 Tage erhöhen. Dies wird er so oder so früher oder später müssen. In der Personalstrategie steht ja schliesslich auch, dass der Kanton Bern fortschrittlich sein und Familie und Beruf miteinander verbinden will.

Und deshalb sehe ich nicht ganz ein, warum man nicht auf 20 Tage erhöhen kann. Denn Sie können sich einmal ausrechnen, wie viele Kinder es pro Mann gibt. Also: von denen er weiss. (*Heiterkeit / Hilarité*) Das ist im Durchschnitt eines, zwei Kinder. Und dann muss er gerade in dieser Zeit noch beim Kanton arbeiten. Und dann hat er 10 Tage mehr als bis anhin. Also das kann ja nicht so viel ausmachen. Da ist einer, der beim Skifahren die Schulter kaputtmacht, die grössere Strafe für den Arbeitgeber als einer, der frisch Papi wird. Einfach nur, damit wir die Verhältnismässigkeit des Ganzen ein wenig sehen.

Und Carlos Reinhard: Wenn jetzt die Stellenausschreibungen im Kanton alle schnell besetzt sind, habe ich dazu gewisse andere Erkenntnisse als du. Es kommt einfach darauf an, welche Stelle es ist. Und dort ist es dann wieder die Frage des Wettbewerbs, der spielt. Also: Sagen Sie einfach Ja dazu, und dann bleibt der Kanton Bern etwas attraktiver als andere.

Le président. Ich werde die Rednerliste nach Frau Grossrätin Gabi Schönenberger beenden. Madame la Députée, vous avez la parole.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP), Einzelsprecherin. Es ist spannend, die Debatte mitzuverfolgen, und deshalb komme ich jetzt auch noch schnell nach vorne. Einige Leute haben mich hervorgeholt. – Zu Roman Gimmel: Ich habe mir so überlegt, vielleicht warst du einfach auch ein bisschen zu wenig zu Hause und hast mit angepackt in der Familienarbeit. Ich will dir nichts unterstellen, aber mich würde nun z. B. die Sicht deiner Frau zu diesem Vorstoss mehr interessieren als deine. Leider ist sie nicht da. Weiter zum FDP-Vertreter Reinhard Carlos: Es ist kein «Nice to have», Du hast von «nice to have» gesprochen. Nein, es ist wahrscheinlich etwas vom Sinnvollsten überhaupt, für das wir Geld in die Finger nehmen können. Ich glaube, da sind Sie mit mir eigentlich grundsätzlich einig. Ich hoffe es.

Die Mitte möchte ich ebenfalls gleich noch ansprechen. Sie inkludiert ja jetzt auch die CVP, die selbsternannte Familienpartei, nicht wahr. Diese enttäuscht mich einmal mehr hier im Saal – zumindest mich persönlich – mit ihren konservativ-bürgerlichen Entscheiden, die definitiv wenig mit der Mitte zu tun haben. Ich muss das hier jetzt einfach auch einmal deponieren. Und bei der EVP muss ich bei diesem Vorstoss sagen: dito. Das wäre es ungefähr gewesen.

Michel Seiler, Trubschachen (parteilos), Einzelsprecher. Kinder haben hat für mich auch noch sehr viel mit Privatsache zu tun und darf auch Elternkosten verursachen. Die armen Kinder, die man nur noch hat, wenn sie der Staat auch mitfinanziert, wachsen in einer sehr armseligen Welt auf. Ich stimme Nein.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne), Einzelsprecherin. Kurz meine Interessenbindung: Ich bin Personalvorsteherin der Stadt Thun. Ja, die Stadt Thun wurde erwähnt: Wir haben diese 20 Tage Vaterschaftsurlaub. Wir sind also nicht eine Unternehmung, wir sind eine öffentliche Hand. Und wie Sie in der Vorstossantwort gesehen haben, gibt es gleichwohl Unternehmungen, die sehr wohl auch mehr als diese 10 Tage kennen. Aber auch wir als Stadt Thun stehen in diesem «War for Talents». Es ist bestimmt so, dass wir eine sichere Arbeitgeberin sind. Aber wir finden diese Fachkräfte ebenfalls nicht, also sind wir auch dazu angehalten, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein. Und dazu gehört genau eine solche Massnahme. Und auch als private Unternehmung – ich war Unternehmerin in meiner beruflichen Vergangenheit, bevor ich die Politik zu meinem Beruf machen durfte – stehst du in einem Wettbewerb.

Ich bin überzeugt, dass motivierte Mitarbeitende – junge Väter, die eben dadurch, dass sie dann zufrieden sind am Arbeitsplatz, effizient und produktiv sind – für eine Unternehmung ebenfalls einen Mehrwert darstellen, der sich auszahlt. Und seien wir ehrlich: Wie oft werden wir Mutter oder Vater? Nicht mehr, wie früher die meisten, wohl zwölfmal, sondern vielleicht einmal, zweimal. Und wir sprechen hier von einer so wertvollen Zeit, einer so wertvollen Zeit. Wir sind da echt nicht wirklich auf dem Podestplatz, wenn wir schon nur in die Schweiz schauen, zu den anderen Arbeitgebenden, aber auch in unsere Nachbarländer. Ich glaube, wir täten gegenüber unserer Jugend, unserer jüngsten Jugend, gut daran, wenn wir Ja sagen würden zu dieser Motion.

Willy Marti, Kallnach (SVP), Einzelsprecher. Ich bin nun eigentlich einer derjenigen, die profitieren könnten, wenn man dies wechseln würde. Ich bin, soviel ich weiss, kinderlos ledig, und da könnte man ja noch nachholen. (*Heiterkeit / Hilarité*) Das ist das eine. Aber ich bin eigentlich nicht deswegen gekommen.

Aber ich möchte trotzdem noch erwähnen: Es hiess, der Kanton konkurreiere nicht die Schreinerei. Der Kanton wird mit Synthes verglichen, welche 50 Tage hat. Und ich möchte einfach trotzdem darauf hinweisen: Wenn der Kanton hier wieder eben eine führende oder fast führende Rolle übernehmen will, hat er dann trotzdem halt irgendwie auch Einfluss auf all die Gemeinden. Und nach den Gemeinden kommt dann eine BKW. Es gibt weitere Betriebe, die in einem ähnlichen Bereich tätig sind. Und das wirkt sich dann einfach irgendwie auch auf diese aus, es gibt Anreize. Die BKW, die Gemeinden haben Leute in den Werkhöfen, als Abwarte, haben Leute hier und Leute da, werben die Leute vom

Gewerbe ab. Und dann haben wir eben genau gleich einfach eine Konkurrenz zum Gewerbe, zum Schreiner und, und, und. Es ist einfach so, das können Sie nicht wegdiskutieren. Deshalb bin ich der Meinung: Lieber etwas zurückhaltend sein. Der Kanton ist attraktiv. Er soll ein fairer Arbeitgeber bleiben, attraktiv ist er bereits.

Le président. Le porte-parole du groupe ne souhaite pas s'exprimer avant Mme la conseillère d'Etat, présidente du gouvernement, je laisse donc la parole à Beatrice Simon.

Beatrice Simon, FIN-Direktorin. Es ist für den Regierungsrat nun wirklich einfach unbestritten, dass der Kanton Bern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden soll, der zeitgemässe Anstellungsbedingungen anbietet. Und seien wir jetzt einmal einfach ehrlich: Dazu braucht es dann schon etwas mehr als einfach einen Vaterschaftsurlaub von 20 Tagen. Die Regierung möchte bei der Gestaltung der Personalpolitik in oberster Priorität weiterhin an der Personalstrategie festhalten. Die Massnahmen, die wir dort formuliert haben, sind für uns sehr wichtig. Das ist für uns der Wegweiser, wie wir in der Personalpolitik weiterfahren wollen. Wir haben in den Ausführungen der Antwort sehr ausführlich darauf hingewiesen, was uns wichtig ist. Ich will dies nun nicht alles nochmals herunterbeten. Ich möchte einfach den einen oder anderen für mich sehr wichtigen und zentralen Punkt nochmals speziell erwähnen.

Vorab möchte ich festhalten, dass die Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs zu jährlich wiederkehrenden Kosten in der Grössenordnung von netto bis zu 1,7 Mio. Franken führen würde. Und das ist nicht einfach nur so ein kleiner Betrag. Diese Kosten entstehen natürlich durch zusätzliches Personal. Und Grossrätin Imboden: Ich konnte in unserer Antwort nirgends lesen, dass wir gesagt haben, der Polizeidienst breche gleich zusammen und wir könnten dies nicht mehr ausführen. Aber es braucht halt einfach mehr Leute, wenn man einen längeren Vaterschaftsurlaub gibt, und das verursacht Kosten.

Aus rein personalpolitischer Sicht möchte ich klar festhalten, dass der Regierungsrat in der Personalpolitik in den letzten Jahren sehr viele Massnahmen ausgearbeitet und auch beschlossen hat, damit man die Arbeit – vor allem die Arbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben – besser leben kann. Und all diejenigen, die jetzt im Grossen Rat sitzen und auch bei Sozialpartnergesprächen dabei sind, wissen, dass mir dies wirklich ein grosses Anliegen ist und dass wir dort in der Vergangenheit unglaublich viele – und das betone ich hier einmal mehr: unglaublich viele – Massnahmen beschlossen haben.

Und ja, es gehört nun zwar nicht zum Vaterschaftsurlaub, aber ich möchte einfach auch nochmals festhalten: Wir haben in diesem Saal auch mehrere Sparpakete geschnürt. Und trotzdem oder eben gerade *weil* es wichtig ist, hat das Personal mehr Lohn bekommen. Das darf man einfach auch einmal sagen. Und deshalb: Das Personal ist mir persönlich wirklich ein sehr grosses Anliegen, und ich habe es mir nicht leicht gemacht, wenn wir in der Regierung darüber diskutiert haben und ich den Antrag gestellt habe, diese Motion negativ zu beantworten.

Was wir aber eben auch gemacht haben und was von den Mitarbeitenden in der Verwaltung durchaus auch positiv aufgenommen wurde, ist der Anspruch auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrades um bis zu 20 Prozent nach einer Geburt oder einer Adoption, was so im Personalgesetz festgeschrieben ist. Dieses Recht hat man also. Und seien wir doch ehrlich: Wenn sich Väter ihren Kindern widmen und aktiv einen Beitrag zur Gleichstellung von Mann und Frau leisten wollen, so ist eine dauerhafte Reduktion des Beschäftigungsgrades wohl die bessere Lösung als ein einmaliger Bezug von einigen zusätzlichen Urlaubstagen.

Der Regierungsrat ist zusätzlich der Meinung, dass der Vaterschaftsurlaub von 10 Tagen ohnehin nicht isoliert, sondern in einem grösseren Kontext betrachtet werden muss. Denn praktisch alle Verwaltungsmitarbeitenden verfügen über ein Langzeitkonto. Auf diesem können nicht bezogene Ferientage bis zu einem Maximalsaldo von 50 Tagen angespart werden, und zu einem späteren Zeitpunkt, wenn man es für richtig hält, kann man diese dann beziehen. So können also diese Zeitguthaben z. B. auch dann eingesetzt werden, wenn man eben den Vaterschaftsurlaub noch ein wenig verlängern will, und dies notabene bei vollem Lohn. Und das ist doch eigentlich auch etwas sehr Positi-

ves. Und es ist eine Tatsache, dass längst nicht alle Arbeitgeber, die beim Vaterschaftsurlaub vielleicht ein bisschen grosszügiger sein mögen als der Kanton Bern, ihren Mitarbeitern eine so weitreichende Flexibilität beim Ferienbezug gewähren.

Weiter gibt es für werdende Väter, die eine längere Auszeit wünschen, nach wie vor die Möglichkeit, Ferien und Jahreszeitguthaben zu beziehen und zusätzlich auch noch einen unbezahlten Urlaub zu beantragen. Und schliesslich möchte ich auch noch auf die kürzlich verabschiedete Homeoffice-Strategie hinweisen, die ebenfalls zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beiträgt.

Sie sehen also: Wer will, kann eigentlich mit den Bestimmungen, die der Kanton Bern heute schon hat, eine längere Auszeit planen, wenn sich eben der Nachwuchs ankündigt. Aber er muss natürlich als Arbeitnehmer selber auch etwas dazu beisteuern. Die Voraussetzungen und Instrumente haben wir, man muss sie nutzen. Und darum bitte ich Sie im Namen der Regierung, diese Motion abzulehnen.

Reto Müller, Langenthal (SP), Motionär. Die Debatte ist wirklich nicht ganz erstaunlich, und wahrscheinlich werden wir ja mit wehenden Fahnen untergehen. Was uns eben zur Fahnenstange bringt, lieber Roman. Meistens ist diese Fahnenstange nicht so lang wie man denkt. Es wurde bereits erwähnt: Unter www.elternzeit.be können Sie nachschauen, was die SP-JUSO-PSA möchte. Wir möchten 24 Wochen Elternzeit, wovon 6 Wochen reserviert sind je Elternteil und 12 Wochen frei aufgeteilt werden können. Dies wäre das Ziel, das die SP hat. Und das hier ist ein erster Schritt, das geben wir offen zu. Und deshalb geht es hier um das.

Wer soll das bezahlen? An diejenigen, die die Antwort der Regierung wirklich gelesen haben, und Sie haben es auch gehört: Es geht um Mehrkosten von 0,8 bis 1,7 Mio. Franken pro Jahr. Darum glaube ich auch nicht wirklich, Carlos, dass deswegen gleich die anderen Kantone zu springen kommen. Wenn Sie diese maximal 1,7 Mio. Franken als Steuererleichterung geben wollten, dann kämen wir wohl mit Steuerpromille nicht mehr zurecht, dann wären wir irgendwie bei «Parts per Trillion», die dies dann kosten würde.

Und was jetzt eben geschieht, ist Sparen auf dem Buckel der Familien. Ich habe nochmals nachgelesen, Hans, wo wir wohl grenzwertig sind auf dieser Viertelseite, die es braucht, um den Vorstoss beschreiben zu können. Es ist wirklich eine sehr kurze Begründung. Und der einzige Ort, wo wir ein bisschen aufmucken, ist dort, wo wir sagen: Dadurch, dass der Regierungsrat nichts machen will, ist es ein Sparen auf Kosten der Familien. Die Sie ja eben vertreten.

Wenn wir aber grenzwertig sein wollen, dann dürfen wir uns vielleicht schon auch einen Blick über die Grenzen erlauben: Was machen andere Länder? Und da sehen wir halt wieder: Die Schweiz ist, was dies anbelangt, traditionellerweise konservativ unterwegs. Man muss es so sagen. Sicher ist es, wie nun auch schon mehrfach gesagt wurde, nicht ganz das zentralste Anliegen. Das hat auch Michael von der glp gesagt. Er hat dann aber mehr über seine Motion gesprochen, der ich übrigens zugestimmt habe, als über diejenige, die hier jetzt vorliegt. Aber da sind wir bestimmt gemeinsam unterwegs und können dann auch weiter in die Zukunft schauen statt in die Vergangenheit.

Ich möchte zum Schluss kommen. Nur noch zur Frage: Konkurrenzieren wir nun die anderen oder konkurrenzieren sie uns? Es ist so, wie Andrea de Meuron gesagt hat: Der Fachkräftemangel ist überall angekommen. Und wenn Sie nun mich als Stadtpräsidenten fragen, muss ich sagen: Wir verlieren immer wieder Leute an die Wirtschaft. Vielleicht ist es auch eine Frage der Optik, wo man gerade steht. Wir haben Mühe, diese Leute zu finden, unabhängig davon, ob es Männer oder Frauen sind. Deshalb müssen wir schauen, wie wir uns da behaupten können. Und das ist der Markt. Sie beschwören hier immer wieder den Markt, und dieser spielt eben auch in diesen «Soft Factors», denn in den «Hard Factors» können wir eh nicht mithalten.

Frau Regierungsrätin ... *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Ich komme zum Schluss, wirklich, aber noch mit einem Dank. Sie haben – du hast gesagt, wir bleiben beim Du (*Heiterkeit / Hilarité*) –, du hast gesagt, es brauche mehr als 20 Tage Vaterschaftsurlaub, damit man eine attraktive Arbeitgeberin ist. Ich bin einverstanden, ich würde auch 30 nehmen, z. B., oder auch andere Massnahmen, die du hast. Das Personal ist dir ein grosses Anliegen. *(Der Präsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. Dabei kommt es zu einem kurzen Unterbruch der Audioübertragung. / Le président demande encore une*

fois à l'orateur de conclure. Une brève interruption de la retransmission audio se produit à ce moment-là.) ... Beatrice, ich bin froh, wenn du deine letzten verbleibenden Wochen als Regierungsrätin auch noch einmal nutzt, um dich für das Personal einzusetzen. Merci vielmals aber für diesen Einsatz über all die Jahre, den du geleistet hast. Recht herzlichen Dank.

Le président. Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 58 : les député-e-s qui acceptent cette intervention sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.51

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	51
Nein / Non	89
Enthalten / Abstentions	3

Le président. Vous avez rejeté cette intervention sous la forme d'une motion.